

**Von:** Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE)  
<medieninformation=igbce-mailing.de@mail50.suw11.mcdlv.net> im  
Auftrag von Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE)  
<medieninformation@igbce-mailing.de>

**Gesendet:** Dienstag, 31. Mai 2016 13:15

**An:** info@igbce-og-biedenkopf.de

**Betreff:** IG-BCE-Medieninformation: Gemeinsame Erklärung zur EEG Novelle / IG  
BCE und GKV fordern gestuften Einstieg in EEG-Ausgleichsregelung

Medieninformation der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie

[Medieninfo im Browser anschauen](#)



# Medieninformation der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie

## Gemeinsame Erklärung zur EEG-NOVELLE **IG BCE und GKV fordern gestuften Einstieg in EEG-Ausgleichsregelung**

**Hannover/Bad Homburg. Die Bundesregierung und die Ministerpräsidenten be-raten am Dienstagabend (31. Mai 2016) über den Fortgang der Energiewende. Im Fokus steht dabei die Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG). Dazu erklären der Gesamtverband Kunststoffverarbeitende Industrie (GKV) und die Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE):**

Energieintensive Unternehmen der Kunststoff verarbeitenden Industrie, darunter viele kleine und mittlere Unternehmen, müssen in Zukunft die volle EEG-Umlage zahlen, sobald ihre Stromkosten weniger als 17 Prozent der Bruttowertschöpfung ausmachen.

Grundsätzlich halten wir es für richtig, dass nur Unternehmen mit einem entsprechend

hohen Stromkostenanteil unter die sogenannte „besondere Ausgleichsregelung“ fallen und Anspruch auf eine ermäßigte EEG-Umlage erhalten.

Aber wer in Strom sparende Maschinen investiert hat oder effizientere Verfahren einsetzt, darf für seine Anstrengungen nicht bestraft werden. Das EEG darf keinen Anreiz bieten, unnötig Strom zu verbrauchen, um diese harte 17-Prozent-Schwelle zu überschreiten.

Die Unternehmen brauchen stattdessen einen gestuften Einstieg zwischen dem früheren Grenzwert von 14 Prozent und dem heutigen von 17 Prozent.

Das muss auch für Unternehmen gelten, die schon frühzeitig in Effizienz investierten.

Die Unternehmen der Kunststoff verarbeitenden Industrie stehen im internationalen Wettbewerb. Wenn sie mit der vollen EEG-Umlage belastet werden, drohen Standortverlagerungen in das Ausland oder Schließungen und Arbeitsplatzverluste in Deutschland.

Deswegen sollte für alle Unternehmen, die zu Wirtschaftszweigen der sogenannten Liste 1 zum EEG stehen, bei einer Stromkostenintensität zwischen 14 und 17 Prozent die EEG-Umlage auf 20 Prozent reduziert werden.

#### **GKV und IG BCE fordern:**

- **Die EEG-Novelle muss sicherstellen, dass industrielle Arbeitsplätze erhalten bleiben.**
- **Wer Energie einspart, der darf nicht bestraft werden.**
- **Es muss eine Stufenregelung zum Einstieg in die „besondere Ausgleichsregelung“ geschaffen werden.**

Medieninformation XX/18 | 31.05.2016

--

Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie Abt. Medien + Kommunikation

Verantwortlich: Christian Hülsmeier

Königsworther Platz 6, 30167 Hannover

Telefon: 0511/7631-698 und -329

Telefax: 0511/7000891

E-Mail: [presse@igbce.de](mailto:presse@igbce.de)

Internet: [igbce.de](http://igbce.de)

## Über uns

Die Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE) ist mit rund 661.000 Mitgliedern die drittgrößte Gewerkschaft im Deutschen Gewerkschaftsbund. Zum Organisationsbereich gehören die Branchen Bergbau, Chemie, Energie, Erdöl und Erdgas, Glas, Kautschuk, Keramik, Kunststoffe und nichtmetallische Werkstoffe, Leder, Papier, Umwelt, Wasser und Ver- und Entsorgungsbetriebe. Vorsitzender seit 2009 ist Michael Vassiliadis. Hervorgegangen ist die IG BCE 1997 aus einer Fusion der IG Chemie-Papier-Keramik, der IG Bergbau und Energie und der Gewerkschaft Leder.



Facebook



Twitter



Website



YouTube



Instagram

---

Urheberrecht 2016 Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE), Alle Rechte vorbehalten.

[Medieninfo abbestellen](#) [Medieninfo-Einstellungen bearbeiten](#)